

Antikriegstag 2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Liebe Freundinnen und Freunde,

verehrte Anwesende,

am 1. September 1939 ist die faschistische Wehrmacht in Polen einmarschiert und damit den 2. Weltkrieg angefangen, in dessen Verlauf deutsche Soldaten unerhörte Verbrechen begangen haben.

Der 1. September steht symbolisch für den unerhörten Schrecken und Terror und den zig millionenfachen Tod, den Krieg, Faschismus und nationalistischer Rassenwahn über die Menschheit gebracht haben.

Seit 1957 ist der 1. September unser Antikriegstag.

Für die DGB-Gewerkschaften, für die Friedensbewegung und für Millionen Menschen in diesem Land ist das ein Tag des Erinnerns, des Gedenkens und des Mahnens.

Wir erinnern uns heute auch an den ersten deutschen „Griff nach der Weltmacht“, so der Titel des Standardwerkes zum 1. Weltkrieg von Fritz Fischer, der 1918, also vor 100 Jahren gescheitert ist.

Für uns steht fest:

Das unermessliche Leid, das die beiden von Deutschland ausgehenden Weltkriege mit 80 Millionen Toten, die damit einhergehenden Verbrechen und die Schreckensherrschaft der Nazis über die Menschen gebracht haben, darf sich nie wiederholen.

Deshalb müssen wir unser Bekenntnis zu einer demokratischen Gesellschaft und einer friedlichen Welt, in der alle Menschen die gleichen Rechte haben und in der wir uns mit Respekt, Würde und Solidarität begegnen immer wieder erneuern.

Ich danke Euch allen, daß ihr heute am Antikriegstag den Weg hierher auf den Hauptfriedhof zum Mahnmal an die Opfer von Krieg und Faschismus gefunden habt.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus

Dafür stehen wir und dafür treten wir mit all unserer Kraft ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde,

Kriege und Faschismus entstehen nicht einfach so, sie brechen auch nicht aus, wie eine Krankheit oder fallen vom Himmel.

Kriege werden genauso von Menschen gemacht wie eine faschistische Gesellschaft von Menschen errichtet wird.

Menschen, die ganz gezielt darauf hinarbeiten oder es zumindest in Kauf nehmen und solchen, die es tolerieren oder wegsehen.

Die Ermordung von 10 Menschen durch den NSU ist ja offensichtlich nur die Spitze des Eisberges, der in einem braunen Meer aus „besorgten Bürgern“, AfD, Pegida, NPD, KuKluxClan und wie sie alle heißen, bis hin zu den rechten Seilschaften beim Verfassungsschutz, der Bundeswehr und der Polizei schwimmt.

Als „anständige Bürger“ in Pforzheim die Aufforderung unseres damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck ernst genommen haben und sich tatsächlich am 23. Februar dem braunen Mob auf dem Warthberg in den Weg stellen wollten, wurden sie von der Polizei stundenlang eingekesselt.

In Chemnitz wurde es letzte Woche von der Polizei geduldet, daß von dem braunen Pack Ausländer, oder wen auch immer diese dafür hielten, durch die Straßen der Stadt gejagt wurden.

Die Polizei hat die rechten Aufmärsche nicht aufgelöst, obwohl von dort Gewalt ausging und zum Beispiel der Hitlergruß gezeigt wurde.

Der AfD-Vorsitzende Meuthen nahm den Mord an einem jungen Mann in Chemnitz zum Anlaß, dem Staat versagen vorzuwerfen und sein Parteifreund Gauland hat die aggressiven Proteste im Anschluß an diese schreckliche Tat mit der Bemerkung gerechtfertigt „ausrasten ist legitim“.

Ja, Kolleginnen und Kollegen,

der Staat versagt, aber nicht weil er einen Mord nicht verhindern konnte, sondern weil er es zuläßt, daß braune Hetzer à la Meuthen als Professoren Beamte ausbilden, als Lehrer Kinder unterrichten und als Richter Recht sprechen dürfen.

Und weil er es weiterhin zuläßt, daß der braune Mob auch weiterhin in Chemnitz und anderswo, z. B. am 23. Februar in Pforzheim unter dem Schutz der Polizei sein Unwesen treiben darf.

Der Staat und seine Institutionen sind offensichtlich nicht in der Lage die braune Gefahr und die Gewalt von Rechts einzudämmen.

Vorgestern ist in Stuttgart bei einer Demonstration gegen Rassismus eine Frau, die mäßigend auf einen rabiaten Polizisten einwirken wollte von diesem verprügelt worden und nur weil ihn ein Kollege wegzog ist nichts Schlimmeres passiert.

Und solche Beispiele gibt es noch viele.

Der Verfassungsschutz sieht, wen wundert`s, natürlich auch keinen Anlaß, die AfD zu beobachten, obwohl Abgeordnete und Funktionäre dieser Partei unter den Teilnehmern der gewalttätigen rechten Aufmärsche in Chemnitz waren und braune Gewalt- und Hassausbrüche ständig verharmlost, gerechtfertigt und mit zynischen Kommentaren versehen werden.

Sie sind ständige Teilnehmer bei den völkischen Pegida-Veranstaltungen, wo „absaufen, absaufen“ gegrölt wird, wenn es um Flüchtlinge auf dem Mittelmeer geht und öffentlich zur Lynchjustiz an Politikern aufgefordert wird.

Gestern ging durch die Nachrichten, daß ein vom Büro der AfD-Fraktionsvorsitzenden Weidel organisierte Reise ins ehemalige KZ Sachsenhausen eskaliert ist.

Die weidelsche Nazigruppe hat dort dem wissenschaftlichen Mitarbeiter der Gedenkstätte, der die Führung gemacht hat, Inkompetenz vorgeworfen, Nazi-Verbrechen verharmlost, die Existenz von Gaskammern geleugnet und so lange rumgepöbelt, bis die Führung abgebrochen wurde.

Aber solche Leute müssen sich ja ermuntert vorkommen, hat ihr menschenverachtendes Vokabular doch längst auch Eingang in den Wortschatz mancher Spitzenpolitiker gefunden, wo die Rettung Ertrinkender als Unterstützung des Asyltourismus gebrandmarkt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Liebe Freundinnen und Freunde,

wenn uns auch nur etwas an einer humanen Gesellschaft liegt, ist es höchste Zeit, daß wir trotz allem dem braunen Mob überall entgegentreten, wo er sich zeigt.

Das sind wir diesen Menschen schuldig, die hier ihr Ehrenmal haben.

Sachsen und Chemnitz sind aber soweit auch nicht von Pforzheim entfernt und ich darf an das Abschneiden der AfD hier und im Enzkreis bei den letzten Wahlen erinnern.

Schon bei den letzten halbwegs freien Wahlen am 5. März 1933 sind die Ahnen der AfD mit 57,5 % der Stimmen in Pforzheim weit über dem Durchschnitt des Deutschen Reiches von 43,9 % der Stimmen gelegen.

Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde,

schon 1918 hätte man aus der Geschichte lernen können.

Vor dem 1. Weltkrieg hat das gigantische Wettrüsten der europäischen Großmächte, verbunden mit einem chauvinistischen Nationalismus geradewegs in diese Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts geführt.

Nach dem Krieg gab es damals keine konsequente Absage an Militarismus und Nationalismus, sondern man hat weiter auf die alten Kräfte gesetzt, ließ die Freikorps morden, die damals schon das Hakenkreuz an ihren Stahlhelmen trugen und es wurde zuerst still und heimlich, später ganz offen wieder aufgerüstet.

Wohin das führte, ist ja bekannt und wer da glaubt, das alles sei doch Schnee von gestern, muß mit Blindheit geschlagen sein.

Wohin man heute blickt wird aufmarschiert und durchgeladen.

Chaoten wie Trump und Erdogan haben den Finger am Abzug und nationalistische Dumpfbacken à la Viktor Orban sind in der ganzen EU auf dem Vormarsch.

Aber nicht nur diese Menschenfeinde gefährden den Frieden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde,

statt mehr Geld in die Lösung der großen globalen Probleme wie Armut oder Klimawandel zu stecken, wurden 2017 weltweit unfassbare 1,4 Billionen Euro für Rüstung ausgegeben.

Die Ausgaben der Nato-Staaten für Mord und Totschlag liegen bei ca. 900 Mrd. Euro.

Deutschland hat daran einen Anteil von rund 38 Mrd. Euro und besitzt damit den 9.größten Rüstungshaushalt weltweit.

Als wenn das nicht jetzt schon viel zu viel wäre, sollen die Rüstungsausgaben weiter steigen.

2014 wurde auf dem Nato-Gipfel in Wales beschlossen, daß die Mitgliedsstaaten bis 2024 2 % ihres Bruttoinlandsprodukts in die Rüstung stecken sollen.

Laut Berechnungen der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ würde das für Deutschland bedeuten jedes Jahr 85 Mrd. Euro regelrecht zu verpulvern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin davon überzeugt:

Rüstung tötet – auch ohne Krieg.

Rüstung führt zu Hunger, Not und Tod, zu Flucht und Vertreibung.

Rüstung verschwendet Ressourcen, die wir dringend zur Lösung der weltweiten Probleme brauchen.

Deshalb dürfen wir es nicht länger dulden, daß unsere Steuern fürs Militär verpulvert werden.

Wer dermaßen in Rüstung investieren will, wie die Nato-Staaten, macht sich angesichts des Elends in der Welt der unterlassenen Hilfeleistung schuldig.

Wir dürfen nicht weiter zulassen, daß Deutschland als eine der größten Waffenschmieden die ganze Welt weiterhin mit Mordwerkzeug beliefert und damit Kriege anheizt und Konflikte schürt.

Es sind auch unsere Waffen, vor denen die Menschen zu hunderttausenden fliehen und dann hilfeschend an unsere Tür klopfen.

Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde

Es besteht ein riesiges Mißverhältnis zwischen den gigantischen Rüstungsausgaben und den Ausgaben für eine Friedenspolitik und Friedenspolitik ist vor allem Sozialpolitik.

Kümmern wir uns doch verstärkt um die, die von sozialem Abstieg bedroht oder betroffen sind.

Wer das Gefühl hat, daß ihm geholfen wird, wenn er darauf angewiesen ist, ist weniger in Gefahr, auf die Parolen der rechten Rattenfänger hereinzufallen.

Friedenspolitik bedeutet, die Ängste vor sozialem Abstieg ernst zu nehmen und mit Sozialpolitik gegenzusteuern.

Friedenspolitik bedeutet Entwicklungspolitik.

Die Verteilungsprobleme unter denen die Welt leidet sind ein gewaltiger sozialer Sprengstoff und die Hauptursache für Kriege, Hunger, Flucht und Vertreibung.

Wir werden im Kampf gegen die weltweiten Fluchtursachen nur Erfolg haben, wenn wir zu einer gerechteren Verteilung des Reichtums unserer Erde kommen.

Und nicht zuletzt ist Friedenspolitik auch Bildungspolitik.

Denn Dummheit ist neben der ungerechten Verteilung des Reichtums dieser Erde ein weiterer Kriegstreiber und ein idealer Nährboden für Faschismus.

Deshalb muß Friedenserziehung Hauptfach an unseren Schulen werden, wo sog. Jugendoffiziere der Bundeswehr nichts verloren haben.

Bildung schafft Bewußtsein und erweitert den Horizont und es muß von klein auf eingeübt werden, daß Konflikte gewaltfrei zu regeln sind.

Es gibt also genügend Dinge,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

für die wir unsere Steuergelder tausendmal sinnvoller ausgeben könnten als für Soldaten und Mordwerkzeug.

1931 hat Kurt Tucholsky einmal geschrieben:

„Man hat ja noch niemals versucht, den Krieg ernsthaft zu bekämpfen. Man hat ja noch niemals alle Schulen und Kirchen, alle Kinos und alle Zeitungen für die Propaganda des Krieges gesperrt. Man weiß also gar nicht, wie eine Generation aussähe, die in der Luft eines gesunden und kampfesfreudigen, aber Krieg ablehnenden Pazifismus aufgewachsen ist. Das weiß man nicht.“

Ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.